

BRH AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH, Alicenplatz 4, 55116 Mainz

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Bundsvorsitzender: Dieter Berberich

Nr. 27/2009

03.08.2009

Berberich: „Sommerloch nicht auf Kosten der Rentner stopfen“

“The same procedure as every year“ könnte man gelassen ausrufen, wäre es nicht so ärgerlich, wie jedes Jahr ein populistisches Thema zur Verunsicherung von Millionen von Menschen herhalten muß. Diesmal sind es die Rentner, die mit der Meldung verunsichert werden, dass die „Auswertung der 120 Millionen Rentenbezugsmitteilungen von 20 Millionen Rentnern durch die Finanzämter“ zu horrenden Nachzahlungen in Millionen Euro-Höhe führen werde.

Als ob es der BRH erahnt hätte, hat er in seiner Mitgliederzeitschrift dieses Thema sachlich und informativ aufgegriffen und statt mit Panikmache auf Aufklärung gesetzt (siehe Ausgabe 7/8, Seite 4+5). Thomas Eigenthaler, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, nimmt in seinem Beitrag viele Ängste und klärt umfassend und sachlich auf.

Bereits aus Anlaß seiner Antrittsrede beim BRH-Bundesvertretertag am 6. Juni 2009 hat der neue Bundesvorsitzende Dieter Berberich vor Panikmache gewarnt und die Politik dazu aufgerufen, für sachliche Aufklärung zu sorgen.

Hier zwei Auszüge aus der Medienberichterstattung der letzten Tage:

Der Tagesspiegel: Neues Auswertungssystem für Finanzämter - Steuerkontrollen auch bei Rentnern: „Rentner in Deutschland müssen zukünftig mit Kontrollen der Finanzämter rechnen. Bund und Länder hätten sich auf ein System zur Auswertung der Rentenbezugs-Mitteilungen geeinigt, bestätigte eine Sprecherin des Finanzministeriums dem Deutschlandfunk. Danach werde es keine sogenannte Bagatellgrenze mehr geben, bis zu der die Steuerbehörden auf Nachzahlungen verzichten.“

Die Tagesschau meldet: Ab Oktober überprüft der Fiskus, ob Senioren ihre Steuern gezahlt haben. Die Kriterien bleiben geheim.

„Berlin - Rentner müssen nun doch ab Oktober mit Kontrollen der Finanzämter rechnen. Eine Bagatellgrenze, bis zu der die deutsche Finanzverwaltung pauschal auf Nachforderungen verzichtet, wird es nicht geben. Stattdessen haben sich das Bun-

desfinanzministerium und die Länder jetzt auf ein spezielles Risikomanagementsystem geeinigt, mit dem die Rentenbezugsmitteilungen ausgewertet werden sollen.“

Die Deutsche Steuergewerkschaft hatte für eine Bagatellgrenze plädiert, bis zu der Steuersünder verschont bleiben sollten. Doch Bund und Länder haben anders entschieden. „Allgemeine Nichtaufgriffsgrenzen wären aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen“, betonte das Bundesfinanzministerium. Stattdessen sollen demnächst die Rentner, die keine Steuererklärung abgegeben haben, obwohl sie dazu verpflichtet gewesen wären, angeschrieben werden.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt: **Ziele sind geringere Löhne**

In den letzten Julitagen stellte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt medienwirksam die Forderung nach Lohnsenkungen auf. Nach dem die Politik einigen Firmen mit Millio­nengarantien aus Steuergeldern vor der Pleite rettete, kommt jetzt der gezielte Vorstoß zu Einbußen für die Arbeitnehmer. Hundt zur Stuttgarter Zeitung am 29. Juli: „Die Situation in vielen Branchen und Unternehmen rechtfertige durchaus die Überlegung, Entgelte zu senken.“

Werden erst einmal Lohnsenkungen durchgesetzt, dann ist der nächste Schritt zu Forderungen nach Renten- und Pensionssenkungen nicht sehr weit. Schon aus diesem Grund ist die jetzt von der Großen Koalition beschlossene Rentengarantie mehr als begründet.

Der BRH wird in seinen politischen Gesprächen vor der Bundestagswahl die Parteien darin bestärken, diese gesetzliche Garantie nicht mehr anzutasten.